



Budget 2015/2016 der Stadt Graz

Budgetrede von Klubobmann Dr. Gerhard Wohlfahrt Grüner Gemeinderatsklub 4.12.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Gäste!

Vor rund 1 ½ Jahren wurden hier das Doppelbudget 2013/2014 mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der FPÖ beschlossen. Heute steht das Doppelbudget 2015/2016 zur Debatte. Im Wesentlichen ist es eine Fortschreibung des alten Doppelbudgets. Natürlich gibt es einige neue Schwerpunktsetzungen, ich gehe darauf noch ein, aber in den Grundzügen fehlen die Antworten auf die wichtigsten Probleme der Grazerinnen und Grazer: Wie finanzieren wir den dringend notwendigen Ausbau des Öffentlichen Verkehrs? Wie können wir unser bereits beschlossenes Schulausbauprogramm 2014 - 2018 finanzieren? Wie soll neuer Grünraum finanziert werden?

Beispiel ÖV: Es wird zwar seit Jahren am Masterplan ÖV gearbeitet, doch leider ist er weder im Budget noch in der finanziellen Mittelfristplanung bis 2019 berücksichtigt. Kein Geld für Straßenbahnausbauten in den Südwesten oder nach Reininghaus. Kein Geld für lange Straßenbahnen, damit die Fahrgäste, die hoffentlich mehr werden, auch in der Frühspitze einsteigen können.



Wie sollen wir das Grazer Feinstaub Problem lösen, wenn bei unseren eigenen Verkehrsbetrieben auch in den nächsten Jahren überwiegend abgastechnisch völlig veraltete Autobusse eingesetzt werden? Der Austausch der Euro 3 Busse durch moderne Autobusse wird mit diesem Budget gestoppt. Bis zum Jahr 2020 sollen nach den vorliegenden Plänen Autobusse der Schadstoffklasse 3 mitten durch Graz fahren. Autobusse, die rund 10mal so viel an Schadstoffen, z.B. auch Feinstaub, emittieren wie moderne Dieselbusse. In Tirol bemüht man sich, derartige LKWs und Autobusse im ganzen Inntal zu verbieten. In Deutschland sind derartige Fahrzeuge in fast allen Umweltzonen schon jetzt verboten. Aber das ist für uns ja wirklich egal, unsere Autobusse fahren eh in Graz und nicht im Inntal oder in deutschen Städten.

Das Budget bietet keine Antwort darauf, wie unser bereits beschlossenes und dringend notwendiges Schulausbauprogramm umgesetzt werden soll. In der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung ist nämlich kein Spielraum für zusätzliche Projektgenehmigungen. Von unserem Schulausbauprogramm 2014 – 2018 ist aber erst weniger als die Hälfte projektgenehmigt. Der größere Teil darf warten, bis 2019 sind ja keine zusätzlichen Investitionen eingeplant. Vielleicht besteht ja 2020 wieder mehr Spielraum? Und inzwischen? Na ja, vielleicht gehen sich ja Container für unsere Schulkinder aus.

Und falls unsere Kinder sich dann wenigstens am Nachmittag austoben wollen wird es auch wieder knapp. Die vom Bürgermeister mehrmals versprochene Grünraumoffensive wurde ebenfalls nicht budgetiert: Zuerst wurde die angekündigte Wassersteuer wieder abgeblasen, und jetzt konnte mir auch die Finanzdirektion bei der Suche nach der versprochenen Million p.a. für die Sicherung von Grünflächen nicht weiterhelfen. Sie ist schlicht und einfach nicht budgetiert. Ein weiteres Beispiel auf der Liste der vielen, von Bürgermeister Nagl angekündigten und nicht realisierten Projekte.



Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt viele offene Fragen und wenig Antworten. Aber bei einem Punkt konnte der Sparstift abgewehrt werden: Die 2014 eingeführte zusätzliche Million für die Parteien gibt es weiterhin, diesmal offensichtlich mit Zustimmung der KPÖ. Um ganz genau zu bleiben: Selbstverständlich wurde die Million gekürzt - um ganze 35.000 Euro! Das sind Taschenspielertricks, bitte unterschätzen Sie nicht die Grazer Bevölkerung. Eine Reduktion um 1,5 % ist selbstverständlich eine Reduktion! Wirklich Großartig! Aber mit diesen 35.000 Euro lässt sich halt leider nicht die Grünraummillion finanzieren.

Natürlich sehen wir Grünen auch die finanzielle Knappheit. Und es ist tatsächlich zu einfach, nur die Parteienfinanzierung und die ganze sonstige Klientelpolitik, die sich in Graz anscheinend wieder durchsetzt, in Relation zu dringend notwendigen und sinnvollen Ausgaben zu setzen.

Was ist die Alternative? Was hätten wir Grünen anders gemacht? Wie würde Grüne Budgetpolitik ausschauen?

Grüne Budgetpolitik ist ein intensiver Diskurs über gesellschaftspolitische Ziele, Interessen und Aufgaben. All diese Ziele sind vor dem Hintergrund knapper finanzieller Mittel zu evaluieren, schließlich entscheiden wir hier ja nicht über unser eigenes Geld, sondern über die Steuerleistungen der Grazerinnen und Grazer. Aufgabe der Politik ist es, die Interessen und Erwartungen der Grazer Bevölkerung bezüglich der Versorgung mit öffentlich finanzierten Gütern und Dienstleistungen einerseits und der dafür benötigten Steuerleistungen andererseits in Einklang zu bringen. Und dieser Prozess ist nicht einfach – wie einige schon länger dienende ÖVP Gemeinderätinnen aus früheren Jahren wissen. Aber natürlich können sich auch Gerhard Rüscher und die MitarbeiterInnen der Finanzdirektion an diese intensiven Diskussionsprozesse erinnern.

Dieses Doppelbudget hat aber eine andere Geschichte. Es gab im Sommer den Versuch, ernsthaft über ein Budget im obigen Sinn, über ein Budget im Sinne der



Grazerinnen und Grazer mit uns Grünen zu verhandeln. Erstaunlicherweise haben damals SPÖ und ÖVP überhaupt das erste Mal ernsthaft über die mittelfristige Budgetentwicklung in Graz gesprochen – so zumindest die Aussage einiger Beteiligter an dieser Diskussion. Aber dann wurde bald klar, dass ÖVP und SPÖ an ihrem mit der FPÖ beschlossenen „Stabilitätspakt“ festhalten wollen.

Ein kleiner Exkurs zu Stabilitätspakt: Man könnte ja sagen, „Stabilitätspakt“ klingt eh positiv. Wer mich auch nur ein wenig kennt, weiß, was ich von Stabilitätspakten halte. Meistens sind derartige Übereinkommen ein Ausdruck neoliberaler Politik, die darauf abzielen, den öffentlichen Sektor zugunsten des privaten Sektors zurückzudrängen. „Nur keine öffentlichen Schulden, egal wofür“ scheint das Credo zu sein. Ich möchte kurz einen einstimmigen Beschluss des Grazer Gemeinderates vom 16.10.2008 zitieren: *„In allen Verhandlungen im Zuge der Finanzkrise ist darauf hinzuwirken, dass im Interesse einer stabilen Wirtschaftsentwicklung der europäische Stabilitätspakt und die fiskalpolitischen restriktiven Kriterien des Maastrichtvertrages bis zur nachhaltigen Stabilisierung der realwirtschaftlichen Größen (Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung) ausgesetzt wird und in Folge auch der innerösterreichische Stabilitätspakt auszusetzen ist.“*

Antragsteller – sie dürfen einmal raten. Ja damals waren wir uns alle einig! Und heute leiden wir in Graz unter einem „Stabilitätspakt“ von ÖVP, SPÖ und FPÖ. Liebe SPÖ, man kann auch mit der Grazer ÖVP gute Wirtschaftspolitik betreiben, wenn man sich darum ernsthaft bemüht. Die Arbeitslosigkeit ist heute höher als 2008, ein Wirtschaftswachstum kaum in Sicht. Und trotzdem bekennt sich die SPÖ gemeinsam mit der ÖVP und FPÖ zu einem „Stabilitätspakt“. Ich verstehe das bis heute nicht.

Offensichtlich handelt es sich um eine Politik im Sinne von „Lieber Verwalten als Gestalten!“ Wenn wir schon keine gemeinsamen Ziele entwickeln können, dann halten wir doch am „Stabilitätspakt“ fest. Dass die für die ganze Periode



vorgesehen 100 Mio. freie AOG-Mittel schon verbraucht sind, spielt ja keine Rolle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine derartige Budgetpolitik stehen wir Grüne nicht zur Verfügung. In erster Linie sind die wichtigsten Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen. Dabei sind natürlich auch die finanziellen Rahmenbedingungen zu beachten. Aber nicht so wie es jetzt geschieht.

ÖVP, SPÖ und KPÖ einigten sich wieder einmal auf die Einführung einer Nahverkehrsabgabe. Die Antwort: „...und täglich grüßt das Murmeltier“ untertreibt aber noch die Problematik. Das Land hat uns schon ausgerichtet, dass es wieder keine Nahverkehrsabgabe geben wird, aber das ist ja auch kein Wunder. Die drei Parteien wussten schon ein paar Tage nach der Einigung nicht mehr, wie das Modell der Nahverkehrsabgabe ausschauen soll. Es war eine wirklich unvergessliche Pressekonferenz, bei der jede der drei Parteien eine andere Version der Nahverkehrsabgabe präsentiert hat. Deshalb frage ich Sie jetzt, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Martina Schröck und liebe Elke Kahr: Haben Sie sich nur auf einen Budgetbeschluss geeinigt? Oder wissen Sie auch schon, wer die Nahverkehrsabgabe bezahlen soll? Die ArbeitgeberInnen, die ArbeitnehmerInnen oder vor allem die KapitalistInnen? Aber wahrscheinlich werden Sie auf diese Frage nicht antworten, sondern darauf verweisen, dass das Land ja leider nicht mitspielt.

Dieses Doppelbudget ist ein Kartenhaus, das bei der ersten Belastungsprobe zusammenfallen wird!

Nicht nur, weil es keine Nahverkehrsabgabe geben wird, die dringend zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs benötigt wird. Lieber Herr Bürgermeister, gibt es auch einen Plan B? Nach der Ablehnung der Umweltzone hatten Sie keinen Plan B. Deshalb ist ja auch die Verkehrs- und Feinstaubproblematik in Graz weiterhin ungelöst.



Ich vermute, dass es auch diesmal keinen wirklichen Plan B gibt. Aber wahrscheinlich gibt es auch diesmal wieder einen – leider sehr schlechten – Plan C - und der heißt Aussitzen! Verschieben wir den dringend notwendigen Ausbau des ÖV, bis eine Nahverkehrsabgabe vom Himmel fällt. Inzwischen steigern wir den Druck auf das Land, in dem immer mehr Menschen den ÖV nutzen – die Verbilligung der Jahreskarte ist ein Schritt in diese Richtung. Und wenn immer mehr Leute sich über die überfüllten Fahrzeuge in der Frühspitze aufregen, dann steigt der Druck auf das Land. Und noch besser ist es, wenn die Menschen gar nicht mehr einsteigen können, dann steigt der Druck aber wirklich. So haben Sie uns Ihre Pläne, wie es zur Nahverkehrsabgabe kommen soll, dargelegt, Herr Bürgermeister. Das kann doch nicht ihr Ernst gewesen sein – oder vielleicht doch? Rechnen Sie damit, dass Sie dann nicht mehr als Grazer Bürgermeister den GrazerInnen eine Antwort geben müssen? Oder fühlen Sie sich dafür nicht zuständig, weil Sie davon nicht betroffen sind, weil Sie nicht die Holding Linien benutzen? Herr Bürgermeister, ich habe wirklich kein Problem damit, dass Sie einen Dienstwagen benutzen. Ich habe nur ein Problem damit, dass Ihnen die Qualität des ÖV-Angebotes für die Masse der GrazerInnen offensichtlich egal ist!

Liebe Elke, ich habe auch ein paar Fragen an dich: Reicht es wirklich, einen Gebührenstopp für 2 Jahre und einige Millionen für den sozialen Wohnbau ins Budget zu schreiben. Volle Unterstützung von uns Grünen für die zusätzlichen Mittel im sozialen Wohnbau, wir warten noch dringend auf das Umsetzungsmodell. Wie können wir auch die notwendigen Landesmittel lukrieren? Ich weiß, dass ihr daran arbeitet und diese wichtige Frage hoffentlich bald beantworten könnt.

Aber was mir ernsthaft Sorgen macht: Glaubst du nicht auch, dass die Erhöhung der Parteienförderung nicht besser bei den armen Menschen platziert wäre? So wir es beim Doppelbudget 2013/14 beantragt haben.



Hast du kein Problem mit den fehlenden finanziellen Mitteln für die weitere Umsetzung des Schulausbauprogramms. Sollen unsere Schulkinder wirklich in Containern sitzen?

Ist dir die Abschaffung des Mobilitätsschecks für Studierende egal? Ich weiß schon, dass es jetzt eine billigere Jahreskarte für alle geben soll. Aber ist es wirklich gerecht, dass die Reichen und die Studierenden jeweils 228 Euro für die Jahreskarte zahlen sollen? Gestern Abend war deine Klubobfrau Ina Bergmann ganz überrascht über die Abschaffung des Mobilitätsschecks. Offensichtlich unterstützt die KPÖ aber nun doch ein Konzept, bei dem der bisher gewährte extra Bonus für Studierende, der Mobilitätsscheck, ersatzlos gestrichen wird und die Studierenden den gleichen Preis bezahlen sollen wie alle anderen. Habt ihr vergessen, dass 228 Euro für manche Studierende noch immer ein Problem darstellen. Vielleicht wäre es besser, andere Budgetansätze, die wir immer gemeinsam kritisiert haben, zu senken, - ich denke da an die Ordnungswache - und dafür den Mobilitätsscheck für Studierende beizubehalten. Liebe Elke, auf diese Fragen brauchst du heute Nachmittag eine Antwort, ich stelle nämlich entsprechende Abänderungsanträge und bin überzeugt davon, dass diese Abänderungsanträge auch im Sinne der Kommunistischen Partei sind. Fraglich ist nur, ob ihr diese Anträge auch unterstützen werdet.

Liebe Martina, ich weiß aus leidvoller eigener Erfahrung, dass es als kleine Partei schwierig ist, Erfolge bei Budgetverhandlungen zu erzielen. Wir konnten damals zumindest einen „Stabilitätspakt“ verhindern, eine Investitionsoffensive einleiten und den einen oder anderen wichtigen Budgetansatz, z.B. das Frauenbudget, erhöhen. Und vor allem konnten wir einen realistischen AOG-Rahmen vereinbaren und vernünftig planen. Wir konnten mit Lisa Rücker bis zum Schluss der Gemeinderatsperiode wichtige Projekte umsetzen. Jetzt sehe ich nur Planlosigkeit.

Ich kann eure Handschrift in diesem Doppelbudget gar nicht finden. Oder vielleicht doch - vielleicht ist die dringend notwendige Erhöhung des



Sozialbudgets auch euch zu verdanken. Ich habe allerdings eher den Eindruck, dass hier die Sachzwänge zunehmender Arbeitslosigkeit, zunehmender Armutsgefährdung und steigender Inanspruchnahme der Mindestsicherung traurige Fakten geschaffen haben, die die Erhöhung des Sozialbudgets unumgänglich gemacht haben. Falls du über diese Pflichtleistungen hinausgehende Leistungen für die benachteiligten Grazerinnen und Grazer ausverhandeln konntest, würde es mich sehr freuen. Aber eine Frage bleibt offen: Was ist mit der SPÖ passiert, dass sie in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und steigender Ungleichheiten vor allem ein Ziel hat: Sparen bei den öffentlichen Leistungen und Einhaltung des „Stabilitätspaktes“.

Und jetzt noch eine Frage an alle „Budgetpartner“ – von einer Koalition kann man ja wahrlich nicht sprechen: Gilt der „Stabilitätspakt“ eigentlich noch? Stimmt es was Gerhard Rüscher bei der besagten Pressekonferenz behauptet hat, dass der mit der FPÖ geschlossene Pakt weiter gilt? Oder wird er, wie von Elke Kahr bei der gleichen Pressekonferenz behauptet, aufgeknüpft und die Schulden steigen? Aber eigentlich ist das eine unwichtige Frage. Wesentlich wichtiger – und das ist meine Hauptkritik an diesem Doppelbudget – ist die nicht erkennbare gemeinsame Zielsetzung:

Wohin geht die Reise? Welche Aufgaben packen wir wann an? Wie schaut ein ehrlicher Finanzrahmen aus? Es macht wirklich keinen Sinn, eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, wie in diesem Budget enthalten, in der absolut kein Spielraum für neue Projekte vorhanden ist. Eine derartige Planung ist – wie bereits gesagt – ein Kartenhaus! Und Kartenhäuser sind leider nicht stabil! „Stabilitätspakt“ hin oder her!

Vielleicht doch noch ein paar Details zum Kartenhausbudget: Ein Teil des VFV (Verkehrsfinanzierungsvertrag) – die Zuzahlung der Stadt zu den laufenden Kosten – in Höhe von 18 Mio. Euro ist erstmals nicht budgetiert. Falls jemand nachschauen will: Voranschlag 2015, Seite 364. Dieser Betrag findet sich auch nicht an anderer Stelle im städtischen Budget. Diesen Betrag soll in Zukunft die



Holding selbst aufbringen! Wie, ist noch ungeklärt. Vielleicht beschließen wir einen Gebührenstopp bei Kanal und Abfall, verbilligen die Jahreskarte für den ÖV und erhöhen dafür andere Preise? Es sei aber auch erwähnt, dass diese 18 Mio. bei der konsolidierten Gesamtbetrachtung des Schuldenstandes natürlich nicht unter den Tisch gefallen sind.

Anders die heute im Gemeinderat geplante Förderung des Franziskanerklosters in Höhe von 1 Mio. Euro. Die ist nirgends berücksichtigt, weder die 1 Mio. heute noch 4 Jahresraten in Zukunft. Ein Kartenhausbudget, ich sagte es schon. Eine letzte Zahl: Gerade in Zeiten unsicherer Wirtschaftsentwicklung wurden früher Verstärkungsmittel eingeplant - beispielsweise rund 10 Mio. für alle Eventualitäten. Und im Budget 2015 und 2016: jeweils 1 Mio. pro Jahr! Dieses Budget ist wirklich ein Kartenhaus: Keine freien AOG-Mittel, nahezu keine Verstärkungsmittel, dafür aber viele ungelöste Fragen!

Wir brauchen tragfähige Konzepte für die Zukunft, für eine Zukunft im Sinne der Grazerinnen und Grazer. Eine Zukunft mit besserer Grazer Luft, mit mehr Grünraum, eine Zukunft ohne Schulcontainer, und eine Zukunft mit verantwortungsbewussten PolitikerInnen. Dafür stehen wir Grünen, aber nicht für dieses Doppelbudget!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme jetzt zu den angekündigten Abänderungsanträgen. Derer gibt es vier, zwei kennen Sie bereits aus dem Vorjahr, zwei sind neu:

Der erste ist ein rein formaler: Ich finde es einfach untragbar, dass wir Wirtschaftsplänen zustimmen sollen, die wir gar nicht kennen. 3 Kennzahlen sind uns Grünen zu wenig! Wir wollen mehr über unsere Beteiligungen wissen! Was geschieht in der Holding, in der GBG und in der Messe. Was planen die anderen Beteiligungen? Wir können Wirtschaftsplänen erst zustimmen, wenn wir sie gelesen haben. Für manche mag das anders sein. Deshalb stelle ich folgenden Abänderungsantrag jeweils zu den Voranschlägen 2015 und 2016:

Der Satz (Kapitel II Budgetvollzug, 2.Absatz) - „Die Stimmrechtsermächtigungen für die Generalversammlungen bzw. Vollmachten zur Fertigung der betreffenden Umlaufbeschlüsse für die Wirtschaftspläne 2015 bzw. 2016 der einzelnen Gesellschaften, die diesen EBITDA, Investitions- und Vollzeitbeschäftigtenziffern entsprechen, gelten hiermit gemäß § 87 Abs.2 des Statuts der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 77/2014 gegenüber den jeweiligen EigentümervertreterInnen als erteilt.“ - ist ersatzlos zu streichen.

Mein zweiter Abänderungsantrag wird keine große Überraschung darstellen. Es geht wieder einmal und notwendigerweise um eine Reduktion der Parteienförderung auf ein sinnvolles Maß. Daher stelle ich folgenden Abänderungsantrag:

- 1. Die im Voranschlag 2015 auf Seite 533 angeführten Subventionen an politische Parteien wird auf einen Gesamtbetrag von 1.509.700 € reduziert.*
- 2. Die dadurch eingesparte Summe von 764.100 € wird für den Ausbau der Sozialcard (Ausweitung der BezieherInnengruppen, Ausweitung der Leistungen), hier insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut, zweckgewidmet. Die sinngemäß gleiche Änderung ist auch im Voranschlag 2016 durchzuführen.*

Der dritte Abänderungsantrag bezieht sich auf die schon ausgeführte ungerechte Preisgestaltung bei der Jahreskarte. Dieser Abänderungsantrag lautet:

Der Mobilitätsscheck für Studierende soll unter Beibehaltung der derzeitigen Rahmenbedingungen auf 100 € Zuzahlung für eine ÖV-Jahreskarte erhöht werden. Die dafür benötigten Mittel in der Höhe von 600.000 € sind unter der Kennziffer 1.69000.768000 (Voranschlag 2015, Seite 364) einzustellen. Im Zusammenhang damit ist die Voranschlagsposition Ordnungswache, Teilabschnitt 11900, Seite 147/148) um 600.000 € zu reduzieren. Die sinngemäß gleiche Änderung ist auch im Voranschlag 2016 durchzuführen.



Im vierten Abänderungsantrag geht es darum zu verhindern, dass die alten Euro 3 Busse noch viele Jahre in Graz eingesetzt werden. Der Abänderungsantrag dazu lautet demgemäß:

Der Wirtschaftsplan der Holding Graz für das Jahr 2015 und die Mehrjahresplanung bis 2019 ist so zu gestalten, dass die rund 85 Euro 3 Busse (Baujahre 2003-2006) nicht erst in den Jahren 2018-2020, sondern bereits in den Jahren 2015-2017 durch neue abgasarme Busse ersetzt werden. Die Investitionsvorgaben für die Holding sind entsprechend anzupassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche Euch schon jetzt um die Annahme dieser Anträge, damit zumindest einige wichtige Anliegen, die in diesem Budget unter den Tisch gefallen sind, im Sinne der Grazer und Grazerinnen doch noch umgesetzt werden können.

Abschließend bedanke ich mich sehr herzlich bei Finanzdirektor Karl Kamper und seinem Team für die wie immer ausgezeichnete und umfangreiche Arbeit und für viele spannende Diskussionen zu diesem Budget.